



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 30. Januar bis 6. Februar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 30. Januar bis 6. Februar)

Reichstagspräludium

Erste Lesung des preußischen Etats — Das politische Interesse an der Debatte — Freiherr v. Hedlitz — Bedeutung der Nationalliberalen — Die Wahlkreiseinteilung — Das Reichstagspräsidium — Sozialdemokratische Präsidenten?

Im preußischen Landtage brachte die erste Lesung des Etats noch einmal in konzentrierter Form allen Groll an die Oberfläche, der sich bei den einzelnen Parteien während des Wahlkampfes angesammelt hatte und bei den Wahlen selbst nicht entladen konnte. Besonders die Redner der geschlagenen Parteien, des Zentrums und der Deutschkonservativen, leisteten Erstaunliches. Menschlich ist das verständlich, aber dennoch nicht zu billigen. Wenn die Vertreter des feinen Anstandes, die sonst nicht genug über die Verrohung der Sitten klagen können, schon nach einer Niederlage so vollständig die Haltung verlieren wie die Herren Herold und v. Hennigs-Tschlin, so steigen sie damit auf den Standpunkt der Sozialdemokraten herab und lassen deren Hysterie unter einem milderem Lichte erscheinen. Wenn von den Sozialdemokraten mit Recht gesagt wird, daß sie die Würde des Parlaments nicht wahren, so darf auch die Mißachtung nicht ungerügt bleiben, die in den Reden der beiden genannten Herren zum Ausdruck kam. Besonders die Selbstverständlichkeit, mit der Herr Herold seine sofort widerlegten Angaben über die Beziehungen des Zentrums zu den anderen Parteien vortrug, zeugte nicht von besonderer Achtung für die Landesboten, die doch keine Versammlung von ahnungslosen Zentrums-wählern bilden. Dem Zentrumsredner ist es denn auch in erster Linie zuzuschreiben, wenn der Ton der nachfolgenden Reden — mit Ausnahme der Freikonservativen und Liberalen — von vornherein unter das sonst normale Niveau der Landtagsverhandlungen herunterging. Dies zur Beleuchtung der Stimmung.

Obwohl nun die dreitägige Verhandlung — von den Ministerreden abgesehen — für den Etat selbst recht belanglos blieb, bot sie doch großes politisches Interesse. Sie bildete nämlich quasi die Ouvertüre zu den bevorstehenden Verhandlungen des deutschen Reichstags. Alle Motive der

kommenden Kämpfe im Reich wurden in der preußischen Landstube mehr oder minder kräftig angedeutet: Reichstagswahlrecht, Reichsfinanzen, Wahlkreiseinteilung, Beamteneid, partikulare Bestrebungen, konservativ-liberale Beziehungen, Haltung der Reichsregierung und noch vieles andere mehr!

Unzweifelhaft den Mittelpunkt der Verhandlung bildete das Auftreten des Freiherrn v. Zedlitz, der in seiner Rede ein durchaus preußisch-liberales Programm entwickelte. Er forderte: Entkleidung der Landräte ihres politischen Charakters, Abschaffung der Liebesgaben, gerechtere Verteilung der Steuern, gerechtere Auswahl der Beamten ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung, Neuregelung der Fideikommissstatuten u. a. m. Das ist alles recht erfreulich. Schade nur, daß die Freikonservativen den Standpunkt nicht schon vor drei Jahren eingenommen haben; das Ergebnis der Reichstagswahlen wäre wahrscheinlich anders ausgefallen als es nun vor uns liegt. Die Wünsche des Herrn v. Zedlitz, den sein jüngerer Fraktionsgenosse v. Kardorff wirksam unterstützte, sind in den Grenzboten schon seit Jahren in zahlreichen Aufsätzen von liberalen und konservativen Männern vertreten worden. Nun würden wir uns darüber freuen, wenn sie geeignet wären, auch eine die bürgerlichen Parteien einigende Basis zu bilden. Freilich würde das zur Voraussetzung haben entweder: die Unterwerfung der deutschkonservativen Partei unter die Bedingungen der Freikonservativen oder die Ausschaltung und damit Abstempelung ihres radikalen Flügels zur reinen Oppositionspartei. Dabei wird angenommen, daß die Vorschläge des Herrn v. Zedlitz nicht nur auf parteitaktischen Erwägungen beruhen und nicht in erster Linie den Zweck verfolgen, die nationalliberale Fraktion des Reichstags auf die rechte Seite zu ziehen. Handelte es sich lediglich darum, so wären sie besser unterblieben. Hierüber, ebenso wie über die endgültige Zusammensetzung der Fraktionen wird man indessen erst ein Urteil fällen können, wenn die für Montag und Dienstag in Aussicht genommenen Besprechungen zwischen den Fraktionsführern als Ergebnis vorliegen. Einstweilen beruhen alle Mitteilungen über die Beziehungen und Verschiebungen der Parteien auf Kombinationen und Vermutungen.

Bei dieser Lage der Dinge und aus der Art, wie die Situation von der Gesamtheit der Presse behandelt wird, gewinnt man wieder recht eindringlich einen Begriff, welche große Bedeutung der nationalliberalen Partei als Mittelpartei innewohnt. Die Stellungnahme der Nationalliberalen zu den Zedlitzschen Vorschlägen wird von der größten Tragweite nicht nur für die künftige Bedeutung der Partei, sondern auch für die Richtung der Arbeiten des neuen Reichstags überhaupt sein. Die Entscheidung der nationalliberalen Fraktion wird bestimmend dafür sein, ob unter der Flagge der „positiven Arbeit“ in der bisherigen Weise von Gesetz zu Gesetz fortgemurrt werden soll unter Ausnutzung der heterogensten Mehrheiten, oder ob in unserer inneren Positivität wieder große Richtlinien maßgebend werden können. Es mag ja für vorsichtige Gemüter, die unter keinen Umständen anstoßen wollen, sehr verlockend

sein, etwa auf der Grundlage der Zedlitzschen Gedankengänge im preußischen Landtage eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen im Reichstage mit der Regierung an der Spitze und unter Ausschließung der Heißsporne zustande zu bringen. Das gäbe immerhin eine sichere Mehrheit gegenüber der Linken. Was aber würde damit erreicht? Die Sicherung des Schutzzollsystems, das an und für sich schon gesichert bleibt! Die Bewilligung der Heeres- und Flottenforderungen, die sowieso eine Mehrheit haben! Schon bei der Deckungsfrage müßten aber die Nationalliberalen entweder alles das preisgeben, wofür sie nun fast drei Jahre mit der größten Energie gekämpft haben oder den neuen Bund sprengen. Schlimmer noch stände es mit den rein politischen Forderungen der Liberalen. Gebunden durch Abmachungen mit den Konservativen und dem Zentrum müßten sie z. B. alle die Pläne zurückstellen, die auf eine gerechtere Wahlkreiseinteilung ausgingen, weil eine Neuordnung auf diesem Gebiete unbedingt eine Schädigung gerade dieser beiden Parteien nach sich ziehen würde.

Die Frage der Wahlkreiseinteilung ist durch den Ausfall der letzten Wahlen geradezu zu einer Lebensfrage der Mittelparteien geworden. Sollte sie bis zu den nächsten Wahlen nicht in befriedigender Weise gelöst sein, dann hätten die Sozialdemokraten den glänzendsten Agitationsstoff, den sie sich nur wünschen könnten und mancher von den vielen Wahlkreisen, die ihnen diesmal nur durch die Gunst der Umstände zugefallen sind, würde zu dauerndem Besitz werden. Wenn es möglich ist, daß in einem Wahlkreise nicht ganz 13000 Stimmen genügen, um einen Abgeordneten zu entsenden, während in einem anderen 338000 Wahlberechtigte, also sechsundzwanzigmal so viel vorhanden sind, so liegt die Ungerechtigkeit und die Aufhebung des Prinzips der gleichen Wahl derart klar zutage, daß es keiner großen Demagogenstücke bedarf, um den Unzufriedenen aus Stadt und Land Gründe für ihr Mißbehagen vor Augen zu führen. Diesen Agitationsstoff gilt es im geeigneten Augenblick zu zerstören. Es ist das eine Aufgabe, die unter Mitwirkung der Sozialdemokratie und ohne Furcht vor ihr seitens der Regierung und der Mittelparteien in die Hand genommen werden muß. Sollten die Liberalen sich ihr aus parteitaktischen Gründen entziehen wollen, so würde bei den nächsten Wahlen die rote Flut über sie hinweggehen und beim Anprall an die Extremen der Rechten mehr nationale Werte vernichten, als gegenwärtig schon gefährdet sind.

Der Schwierigkeiten der Reform bin ich mir selbstverständlich vollauf bewußt. Ganz abgesehen von den rein parteiischen Gesichtspunkten sind mit ihr zahlreiche wirtschaftliche und politische Rücksichten verknüpft, die nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden dürfen. Die Wahlkreiseinteilung würde in erster Linie der großen Masse der Ungebildeten zugute kommen, in zweiter Linie den Großstädten und Industriebezirken, also der Arbeiterschaft und den nicht landwirtschaftlichen Gewerben. Die landwirtschaftlichen Bezirke würden z. B. bei Annahme der seitens der Demokraten angegebenen Richtlinien geradezu

geschädigt. Wer also die Ungerechtigkeit auf der einen Seite fortschaffen will, darf sie an anderer Stelle nicht wieder einführen. Infolgedessen müßten die Gelehrtenberufe, die Vertreter des ländlichen, industriellen und händlerischen Unternehmertums durch Ergänzungen an anderer Stelle des Reichsapparates entschädigt und sicher gestellt werden. Der Reichstag würde sonst mehr eine Vertretung des vierten Standes werden, die alle andern Stände majorisierte. Bei dem einmal vorhandenen Wahlrecht wäre dem Übel ohne Verfassungsänderung nicht beizukommen. Aber die Verfassungsänderung brauchte auch nicht eine Minderung der vorhandenen Rechte erstreben, sondern könnte sie ausgleichen durch Schaffung der neuen Organe, für die sich Ansätze bereits von selbst gebildet haben.

Eine Neueinteilung der Wahlkreise, die geeignet ist z. B. die Vertretung der Landwirtschaft zurückzudrängen, muß im Interesse der Gesamtheit des Landes eine Ergänzung des Regierungsapparates nach sich ziehen, die die Landwirtschaft ganz besonders berücksichtigt; eine Neueinteilung, die die Arbeitermassen bevorzugt, müßte eine Ergänzung des Regierungsapparates nach sich ziehen, die die Unternehmer aus Handel und Industrie besonders berücksichtigte. So wächst bei derartigen Betrachtungen vor unserm geistigen Auge ein durch Kommissionen erweiterter Bundesrat oder ein Reichsoberhaus oder eine sonstwie genannte Organisation in Umrissen empor, dereinst dazu berufen die fortschreitende Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, der ihr anhaftenden Auswüchse zu berauben. Zum Heil des Ganzen!

Doch das ist Zukunftsmusik, da sich ohne lebensgefährlichen Druck, ohne völligen Zusammenbruch des alten, nur selten Männer finden, die das Wagnis des Umbaues unternehmen. Und so wird sich wohl auch in Deutschland sobald kaum ein Staatsmann oder eine staatserhaltende Partei finden, die an sich schon gespannten Verhältnisse durch Neuerungen zu belasten, ehe jene nicht von selbst in sich zusammenstürzen.

Im Augenblick interessanter und wohl auch brennender ist die Frage nach der Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums. Ihre Entscheidung bildet gleichfalls eine Etappe auf dem vorher angedeuteten Wege zur weiteren Demokratisierung, vor der wir das Land nicht bewahren können. Sie ist aber im gegenwärtigen Stadium weniger eine Vernunftfrage als die des Gefühls und des Taktes, was sie übrigens nicht weniger kritisch erscheinen läßt.

Wie bekannt, ist es Brauch im Deutschen Reichstage, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten, die andern Fraktionen nach Übereinkunft den Vizepräsidenten stellen. Im neuen Reichstage bilden die 110 Sozialdemokraten die stärkste, die 93 Zentrumsleute die zweitstärkste und die 46 Nationalliberalen die drittstärkste Fraktion. Infolgedessen müßte sich das Präsidium zusammensetzen aus einem Sozialdemokraten als Präsidenten, einem Zentrumsabgeordneten als ersten und einem Nationalliberalen als zweiten Vizepräsidenten. Es bedarf keines genaueren Nachweises, wenn behauptet wird, daß sich gegen ein solches Präsidium Konservative, Freisinnige, Zentrum und Nationalliberale

sträuben. Der Gedanke, daß das bürgerliche Parlament durch einen Vertreter der republikanischen Umsturzpartei geleitet und sowohl der Krone wie der sonstigen Außenwelt gegenüber repräsentiert werden könnte, ist in der Tat unerträglich, seine Durchführung in die Praxis bedeutete das Eingeständnis einer völligen Niederlage, ein Armutzeichen sondergleichen. Um das wahrzunehmen, bedarf es nicht erst der Rücksichtnahme auf die Gefühle des Monarchen. Die Parteiführer brauchen nur ihren eigenen Gefühlen zu folgen, so werden sie sich mit den Empfindungen sowohl des Monarchen wie ihrer Wähler in Gleichklang befinden. Erst möge die gegenwärtig stärkste Partei durch ihr Verhalten und Auftreten zeigen, daß sie würdig des Vertrauens ist, das ihr über vier Millionen deutsche Wähler entgegengebracht haben. Möge sie an die Stelle der Revolutions- die Evolutionstheorie setzen, dann werden auch die bürgerlichen Parteien imstande sein, ihre Stellung zur Sozialdemokratie von Grund aus zu revidieren.

Schwieriger liegt die Sache schon bezüglich der Zuhilligung eines der Vizepräsidenten an die Sozialdemokraten. Hier läßt sich die Frage nicht so ohne weiteres verneinen. Wenn man bemüht bleiben will, die Sozialdemokraten zu ehrlicher positiver Arbeit heranzuziehen, darf man das Gerechtigkeitsgefühl der Masse nicht verletzen, darf man den sozialdemokratischen Abgeordneten den Weg zu verantwortungsvoller Arbeit nicht ohne weiteres verlegen. Die Unterfrage bedarf also gründlicherer Erwägung. Zu ihrer Bejahung wird man kommen können, sofern man sich vergegenwärtigt, daß der deutsche Reichstag kein geschlossenes „Präsidium“ hat, sondern lediglich einen „Präsidenten“, der aus praktischen Gründen Vertreter, die Vizepräsidenten, haben muß. Die Vertreter haben keinerlei Sonderfunktionen über die vom Präsidenten vertretungsweise übernommenen hinaus. Sie repräsentieren somit auch nur „in Vertretung“, „im Auftrage“. Sie sind z. B. nicht gehalten, mit dem Präsidenten zusammen zum Monarchen zu gehen. Ein sozialdemokratischer Vizepräsident braucht somit, solange er nicht gezwungen ist den Präsidenten zu vertreten, in keinerlei Berührung mit der Krone zu kommen. Es würde somit auch viel an dem Geschick des Präsidenten liegen, heikle Situationen zu vermeiden. Natürlich wird es bei der Entscheidung der Fragen sehr auf die Person ankommen, die die Sozialdemokraten selbst als Vizepräsidenten in Vorschlag bringen. G. C.

„Marokko vor Gericht“

In der Verhandlung gegen mich in Essen operierte Herr Reiskmann-Crone, Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, besonders stark mit Mitteilungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Herrn Dr. Heinrich Claß, um die Angaben des Staatssekretärs von Riederlen-Waechter im Reichstage unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Jetzt lese ich in der Deutschen Tageszeitung:

„Bekanntlich wurde in den verschiedenen Marokkoprozessen, die der Herausgeber der „Grenzboten“, Herr Kleinow zu führen hatte,

der Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes“ mehrfach zitiert. Herr Rechtsanwalt Gläß erklärt nunmehr, daß er an allen Aussagen über den Inhalt von Unterredungen, die er mit Herren des Auswärtigen Amtes gehabt habe, völlig unbeteiligt sei . . .“

Der Vollständigkeit halber sei noch nachgetragen, daß nach Herrn Dr. Lufft auch Herr Abgeordneter Erzberger der von meinen Gegnern als Zeuge gegen die Angaben des Herrn von Riederlen im Reichstage benannt wurde, sich in dieser Frage in einem Dementi auf die Seite des Staatssekretärs gestellt hat.

Es sei daran erinnert, daß sowohl im Berliner wie im Essener Prozeß meine Gegner es so hinstellten, als lauerten ihre Zeugen nur auf die Gelegenheit, mit ihren Aussagen den Staatssekretär Lügen zu strafen.

G. Cleinow

Bank und Geld

Der Geldmarkt — Der Mißerfolg der Anleihe-Subskription — Politische Besorgnisse — Die Guthaben des englischen Staates — Die Diskontpolitik der Reichsbank — Hypothekendarlehen und Pfandbriefabsatz — Die Konkurrenz am Hypothekendarlehensmarkt — Kommunale Bodenkreditanstalten — Die Börse

Die Verhältnisse des Geldmarktes verdienen gespanntere Aufmerksamkeit. Die widerspruchsvollen Erscheinungen großer Geldflüssigkeit am offenen Markt, eines hohen Bankdiskonts, steifer Devisenkurse und eines schlechten Anlagemarktes heißen nähere Untersuchung und Erklärung. Auf die Tatsachen selbst haben wir schon jüngst hingewiesen; sie sind mittlerweile noch augenfälliger in Erscheinung getreten. Namentlich die Schwäche des Anlagemarktes, die schon durch den stockenden Absatz der Hypothekendarlehenspfandbriefe dokumentiert wird, ist für jedermann sichtbar geworden durch den Mißerfolg, den die Subskription auf deutsche Staatsanleihen aufzuweisen hatte. Die Württembergische Anleihe von 25 Millionen ist nicht einmal voll gezeichnet worden: hier liegt der Mißerfolg offen zutage. Die 500 Millionen-Anleihe des Reichs und Preußens hat zwar einen geringen Überschuß von 50 Millionen Subskriptionsergebnis geliefert, aber gerade in der Geringfügigkeit dieser Mehrzeichnungen offenbart sich für den Eingeweihten deutlich der mangelnde Erfolg. Die Großbanken pflegten bei den Subskriptionen auf Reichsanleihe und Konsols sonst ihren Stolz darin zu setzen, mit möglichst großen Zeichnungsergebnissen zu paradien; ist doch in früheren Fällen der ganze aufgelegte Betrag von der Deutschen Bank allein gezeichnet worden. Die auf diese Weise zustande gekommene Überzeichnung war freilich ein Scheinergebnis; aber wenn man heute das knappe Resultat der Subskription durch die bessere Dualität der Zeichnungen herauszustreichen versucht, so ist dies bestenfalls eine Selbsttäuschung. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Großbanken, die genauesten Kenner der Geldverhältnisse und des Anlagemarktes es nicht für geraten hielten, sich allzu sehr durch eigene Übernahme bei der neuen Anleihe zu engagieren. Dies ist um so bezeichnender, als die konkurrierenden ausländischen Anleihen, die der

Schweiz und Österreichs, mit weit besseren Ergebnissen aufzuwarten haben. Es gibt doch zu denken, wenn das deutsche Kapitalistenpublikum die Schuldverschreibungen der neutralen Schweiz unseren heimischen Anleihen vorzieht. In der Tatsache offenbart sich die Ängstlichkeit und das Mißtrauen, mit dem man die augenblickliche politische Konstellation glaubt beurteilen zu müssen. Der Hauptanteil der Schuld an den gegenwärtigen unbefriedigenden Verhältnissen muß in der Tat auf das Konto der politischen Besorgnis geschrieben werden. Diese Furcht mag, wie wir glauben und hoffen, unbegründet sein, sie ist aber vorhanden und erweist sich als treibende Kraft. Sie ist um so weniger leicht zu beschwichtigen, als auf dem Londoner Geldmarkt gleichfalls sehr eigentümliche Verhältnisse obwalten, für welche man die Erklärung in politischen Gründen sucht und zu finden glaubt. Der Londoner Geldmarkt zeigt, obwohl der Status der Bank von England an sich nicht ungünstig ist, starke Anspannung. Diese letztere hängt, wenigstens zum Teil, unzweifelhaft damit zusammen, daß der englische Staat ein außerordentlich hohes Guthaben bei der Bank aufgesammelt hat, nahezu 20 Millionen Pfund, fast das Doppelte des Vorjahres. Auch wenn man in dieser Thesaurierungspolitik nicht gleich die Ansammlung von Kriegs- oder Sicherheitsreserven erblicken will, bleibt die Erscheinung auffällig und es ist begreiflich, daß man hierzulande sich über die Gründe solcher Kapitalansammlung eigene Gedanken macht. Der englische Geldmarkt wird außerdem noch durch einen starken und andauernden indischen Goldbedarf in Anspruch genommen, für den eine plausible Erklärung fehlt. Unter dem Zusammenwirken dieser Erscheinungen ist trotz starker Devisenabgaben der Reichsbank der englische Wechselkurs bis über den Goldpunkt gestiegen und diese Bewegung des Devisenkurses, welche die Gefahr eines Goldabflusses naherückt, ist zweifelsohne der Hauptgrund für die Feststellung des hohen Bankdiskonts seitens der Reichsbank. Denn andernfalls wäre nicht zu verstehen, warum das Institut, welches in der dritten Januarwoche bereits wieder über eine steuerfreie Notenreserve von 250 Millionen Mark verfügte, und welches bei einer Spannung von 2 Prozent gegen den Privatdiskontsatz die Kontrolle über den Markt verloren hat, andauernd einen Bankfuß von 5 Prozent festhält. Diese Diskontpolitik, so gerechtfertigt sie an sich ist, vermehrt natürlich die Bedenken der Ängstlichen. Und je mehr man zur Vorsicht in den Dispositionen weist, um so mehr muß die Geldfülle am offenen Markte anwachsen. Während des Ultimo ist selbstverständlich das Mißverhältnis zwischen den Sätzen am offenen Markte und dem Bankdiskont weniger scharf in die Erscheinung getreten; es wird in der ersten Februarwoche dafür um so mehr in die Augen fallen.

Die Stagnation auf dem Anlagemarkt und der maßgebende Absatz ihrer Pfandbriefe bringt die Hypothekenbanken in eine besonders schwierige Situation. Diese sind darauf angewiesen, ihr Geschäft ständig auszudehnen, weil sie auf die bei Neuausleihungen erhobenen Abschlußprovisionen nicht ver-

zichten können: denn die Differenz zwischen Hypotheken- und Pfandbriefzinsen reicht allein nicht aus, eine Rente für das Aktienkapital herauszuwirtschaften, zumal die für den Absatz der Pfandbriefe zu zahlenden Bonifikationen gegenwärtig wieder eine unverkennbare Neigung zum Anwachsen zeigen. Einzelne Institute haben die Vergütung bereits wieder auf mehr als 1 Prozent gesteigert. Es liegt daher für die Hypothekenbanken nahe, an den Übergang zum $4\frac{1}{2}$ -prozentigen Typus der Pfandbriefe zu denken. Das wäre aber selbstverständlich nur dann möglich, wenn auch der Zinsfuß für die Hypotheken eine entsprechende Steigerung erfähre. Hier liegt aber die Schwierigkeit. Schon jetzt ist der Zinsfuß für erste Hypotheken ein so hoher (in der Regel $4\frac{1}{2}$ Prozent mit 2 Prozent Abschlußprovision bei fünfjähriger Beleihungsdauer), daß er vielfach als unwirtschaftlich empfunden wird. Eine Hinausschraubung dieses Zinsfußes ist also den Hypothekenbanken nicht ohne weiteres möglich und zwar um so weniger, als sie auf dem Hypothekenmarke mit stark wachsender Konkurrenz zu rechnen haben. Da sind zunächst die Versicherungsgesellschaften, die bei ihren Ausleihungen nicht die Spesen zu kalkulieren haben, welche den Pfandbriefinstituten durch die Ausgabe und den Umlauf ihrer Obligationen entstehen. Diese privaten Versicherungsgesellschaften haben sich die bisherige Steigerung des Zinsfußes für Hypotheken gern gefallen lassen; sie würden aber zweifelsohne unwirtschaftlich und gegen ihre Interessen handeln, wollten sie eine abermalige Steigerung des Zinsfußes durch die Hypothekenbanken nicht lieber dazu benutzen, sich selbst die feinsten und sichersten Anlagen durch niedrigere Bedingungen zu sichern. Es kommt ferner als ein gewichtiger Konkurrent demnächst die neue Reichsversicherungsanstalt für die Angestellten in Betracht, die aus ihren jährlich an 250 Millionen betragenden Einnahmen mit erheblicher Summe als dauernder Geldgeber auf dem Hypothekenmarke erscheinen wird. Und endlich erwächst den privaten Hypothekenbanken ein gefährlicher Wettbewerb durch die Neigung der Kommunen, die Beschaffung von Hypothekenskapital im Zusammenhang mit städtischer Wohnungsfürsorge und kommunaler Bodenpolitik selbst in die Hand zu nehmen. So hat beispielsweise Düsseldorf eine städtische Hypothekenabteilung, so hat Dresden eine Grundrenten- und Hypothekenanstalt, so ist in Posen unter finanzieller Beteiligung des Staates die deutsche Pfandbriefanstalt ins Leben gerufen worden. Außerdem hat eine ganze Anzahl von Stadtgemeinden aus Anleihegeldern dem kreditbedürftigen Grundbesitz Hypothekenskapital namentlich für Beleihung an zweiter Stelle zur Verfügung gestellt. Es ist hier nicht am Platz, diese Ausdehnung der kommunalen Aufgaben auf ein der Gemeindeverwaltung an sich fremdes Gebiet nach ihren Vorzügen und Nachteilen zu würdigen. Soweit die Gemeinden aber unter Billigung der Staatsgewalt (deren Zustimmung zur Anleiheaufnahme ja erforderlich ist) zur Gewährung von Hypothekenskapital übergehen, sind sie den Hypothekenbanken schon dadurch überlegen, daß ihre Anleiheobligationen sich des Vorzugs der Münbelsicherheit erfreuen, während sie andererseits an die beschränkenden

Bestimmungen des Hypothekendarlehengesetzes hinsichtlich ihrer Ausleihungen nicht gebunden sind. Freilich würde eine übermäßige Vermehrung der städtischen Schulden zu diesen Zwecken ihr Korrektiv schon darin finden, daß die Absatzfähigkeit der Städteobligationen leiden müßte. Schon jetzt stößt die Unterbringung der lawinenhaft anwachsenden Kommunalpapiere auf Schwierigkeiten, die noch größer wären, wenn nicht Sparkassen und Versicherungsanstalten, privaten wie öffentlichen Charakters jederzeit als gern bereite Nehmer dieser mündelsicheren Werte am Markte erschienen. Aus Rücksichten auf diese Konkurrenten im Ausleihgeschäft wird es also den Hypothekendarlehenbanken nicht möglich sein, ihre Bedingungen zu verschärfen. Die Folge wird sein, daß sie sich von Ausleihungen zurückhalten und soweit sie nicht als sehr gut anzusehen sind, einen Rückgang ihres Erträgnisses in den Kauf nehmen müssen, vorausgesetzt daß nicht in den Verhältnissen des Kapitalmarktes ein gründlicher Wandel eintritt.

Die Kursentwicklung an der Börse ist im Januar der Spekulation wenig günstig gewesen. Die Gründe sind zum Teil die gleichen, welche die geschilderte Konstellation auf den Geldmarkt herbeigeführt haben. Die politische Unsicherheit hat jede Unternehmungslust brach gelegt. Das an sich hohe Kursniveau macht es schwierig, spekulative Hausspositionen durchzuhalten; es findet daher ein allmählicher Liquidationsprozeß statt, der nicht ohne starke Kurs-

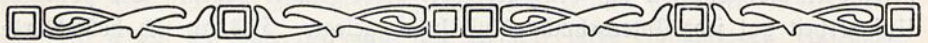
Höchste Auszeichnungen.	Gegründet 1824.
C. PRÄCHTEL	
HOFMÖBELFABRIK	
BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32	
Wohnungs-Einrichtungen	
Atelier für Innendekoration	
Fernsprecher:	Amt I, 1035, 2819.

ermäßigungen vor sich gehen kann. Dazu kommt, daß die Auslandsbörsen sich meist in gleich schlechter Verfassung befinden. Paris wie London haben starke Kurzurückgänge in Minen- und Kupferwerten zu beklagen. Die New Yorker Börse aber hat ganz besonders schlimme Tage gesehen und recht kräftige Erschütterungen über sich ergehen lassen müssen. Anscheinend hängt diese Unsicherheit der amerikanischen Verhältnisse in der Hauptsache mit der bevorstehenden Präsidentenwahl zusammen. Man fürchtet in Wallstreet die Rückkehr Roosevelts auf den Präsidentenstuhl und eine Wiederaufnahme seiner trustfeindlichen Politik.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für die Redaktion S. B.: M. Reicher in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lügow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.



Eine Quelle der Kraft für Alle

die sich matt und elend fühlen, die nervös und energielos sind, deren Schaffenskraft durch geistige oder körperliche Ueberarbeitung herabgesetzt ist, oder denen erschöpfende Krankheiten u. schwere Gemütsregungen die Widerstandsfähigkeit nahmen, ist

SANATOGEN

Sanatogen ist von mehr als 15 000 Professoren und Aerzten aller Kulturländer glänzend begutachtet. Die unausgesetzt steigende Nachfrage und zahllose begeisterte Zuschriften beweisen, dass Hunderttausende in Sanatogen die Wiederbelebung ihrer Kräfte und die Stärkung ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit suchen und finden. Wer Sanatogen noch nicht kennt, schreibe nach einer Gratisprobe und Broschüre, die kostenlos versandt werden von Bauer & Cie., Berlin SW. 48.



Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Defauer Straße 36/37.